Danziger Dampfboot.

№ 78. Donnerstag, den 2. April.



1863. 34ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Illgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Des Charfreitags wegen erscheint die nächste Nummer dieser Zeitung erst Sonnabend, den 4. April, Nachmitt. 5 Uhr.

Telegraphische Depeschen.

Wien, Mittwoch 1. April.

Der „Botschafter“ meldet: Der Sieg der Verfassungsidee ist heute vollständig und entscheidend. Graf Apponyi ist nicht mehr Judex Curiae von Ungarn. Die Einberufung des siebenbürgischen Landtages und die Publikation der desfallsigen Entschließung des Kaisers stehen unmittelbar bevor.

Kopenhagen, Dienstag 31. März.

Die „Berlingske Tidende“ meldet, daß in der gestrigen geheimen Sitzung des Staatsrath die Einberufung des Reichsraths auf den 22. April beschlossen worden ist.

Paris, Mittwoch 1. April.

Der „Moniteur“ meldet heute die Ernennung von Magne zum Mitgliede des Geheimen Rathes. Der Kaiser sagt in seinem Schreiben an Magne, daß ein Vorgang, für welchen Magne nicht verantwortlich sei, noch größere Uneinigkeit zwischen Fould und Magne hinsichtlich der Finanzfragen hervorgerufen habe. Der Kaiser nehme zwar das Entlassungsgesuch von Magne an, aber nicht ohne ihm durch diese Ernennung ein glänzendes Zeichen seines Vertrauens zu geben.

London, Mittwoch 1. April.

Gestern sprach Lord Palmerston mit dem größten Beifall dreimal in Greenock und Glasgow; u. A. erklärte er: die Regierung halte an der Neutralität in dem amerikanischen Bürgerkriege fest und er hoffe auf die ungestörte Erhaltung des Friedens mit dem gesammten Auslande.

New-York, Sonnabend 21. März.

Das Bombardement von Galveston ist bisher fruchtlos geblieben. Gerüchtweise wird erzählt, daß ein Trupp von 1000 Negern, der mit einer großen Quantität Waffen zur Verbreitung der Insurrektion unter den Negern den Maryfluß hinaufgegangen war, gefangen und die weißen Offiziere erschossen worden sind. Ein anderes Gerücht will wissen, daß die Conföderirten eine Abtheilung des Vicksburg belagernden Bundescorps gezwungen haben, sich wieder einzuschiffen. Die Belagerung von Vicksburg steht auf dem Punkte, aufgegeben zu werden. Nach dem Ohio ist eine Expedition entsendet, um der Desertion ein Ende zu machen.

Ein unabhängiges Polen.

Die Kölnische Zeitung versicherte uns vor ein paar Tagen mit der ernstesten Miene von der Welt und dem Ausdruck des befriedigten Selbstgefühls über die eigne politische Scharfsichtigkeit, der diesem Blatt so äußerst komisch zu Gesichte steht, von Frankreich werde an Rußland keine geringere Forderung gestellt werden, als die Anerkennung eines selbstständigen polnischen Reichs unter Errichtung einer Secundogenitur für den Herzog v. Leuchtenberg. Darauf bezogen sich die Unterhandlungen des Fürsten Metternich in Wien, und die österreichische Regierung sei auch gar nicht abgeneigt darauf einzugehen. Erst eine nach dessen Rückkehr in Paris eingetroffene Wiener Depesche habe denn doch die Dispositionen derselben in einem wesentlich andern Lichte dargestellt und das Tuilerien-Cabinet sich denn auch ohne weiteres entschlossen diese Projecte aufzugeben. Mit dieser Wendung sucht sich das Blatt aus der etwas lächerlichen Position zu ziehen, in die es sich durch seine so pomphaft angekündigte überraschende Enthüllung gebracht hat. Um die Glaubwürdigkeit derselben zu bekräftigen, hatte es auf eine Denkschrift Wielopolski's hingewiesen, die dieser vor drei Jahren verfaßt haben soll, deren Aechtheit aber schon früher in Abrede gestellt worden ist. Es wurde in derselben dem russischen Cabinet gleichfalls eine freiwillige Verzichtleistung auf Polen zugemuthet, um dies durch solche Großmuth als treuen Bundesgenossen an sich zu fesseln, als Vorkämpfer der slavischen Race in dem Ringen gegen das Deutschthum, deren eigentlichen Erbfeind zu benutzen, der Zerfall Oesterreichs wird dabei in Kurzem als selbstverständlich vorausgesetzt; den Eintritt desselben zu beschleunigen, werde eine solche Politik vor allem beitragen. Seltsam, und eine solche Maßregel, die, wenn sich Rußland je dazu entschließen sollte, nur in diesem Geiste unternommen werden kann, soll von Paris aus dem Wiener Cabinet, gegen das sich alle Folgen derselben kehren würden, zur Unterstützung empfohlen sein. Mit dem gesunden Menschenverstand scheint uns das nicht gut zusammen zu reimen. Ueberhaupt sollte man sich doch nur eine klare Vorstellung davon machen, was ein selbstständiges Polen bedeuten will; das dächten wir, müßte schon hinreichen, den sentimentalen und gedankenlosen Schwärmereien bei jedem Deutschen ein Ende zu machen. Hat Polen wirklich die Macht, selbst wenn ihm die Unabhängigkeit zu Theil geworden, als ein selbstständiger Staat auf eignen Füßen zu stehen? Von dem Congreß-Polen in seiner heutigen Gestalt wird das niemand behaupten können; es ist also gleich mit der Wiederherstellung die Nothwendigkeit des weiter um sich Greifens gegen die Nachbarn der Geltendmachung aller der alten Ansprüche gegeben, die wenn sie im polnischen Sinne durchgeführt, den Nachbarstaaten fast den besten Theil ihres Gebiets kosten würden. Natürlich würden diese dann sehr bald durch den natürlichen Zug der Dinge wieder zu einer gemeinsamen Verbindung gegen den Störenfried getrieben werden und damit die alte Geschichte wieder von neuem anfangen. Auf eine Unterstützung hätte dann das unabhängige Polen in seiner gefährlichen Lage nur von Seiten Frankreich's zu rechnen; es wäre mit seiner Herstellung nur der erste Schritt gethan, jene Reihe von selbstständigen staatlichen Existenzen, wie Ungarn und Schweden, durch deren Unterwerfung oder Besiegung die großen Ostmächte sich consolidirt haben, zu stärken, unter französischen Einfluß zu bringen und diesen damit unbedingt zum herrschenden auf dem Continent zu machen. Es hieß das nicht weniger als die Geschichte der letzten 150 Jahre rückgängig machen. Daß auch nur ein Versuch dazu sich nicht lange auf dem Gebiet diplomatischer Unterhandlungen halten könnte, sondern zu den gewaltigsten, ganz Mittel-Europa bewegenden Kämpfen führen müßte, liegt doch wohl deutlich auf der Hand. Nun wäre noch immer die Möglichkeit gegeben, daß eine Herstellung unter der fördernden Theilnahme einer der betheiligten Mächte erfolgte, und wir können nicht abläugnen, daß wohl Combinationen eintreten können, in denen namentlich Rußland eine solche Politik für zweckmäßig hielte; für Preußen möchte sich wohl heute unter keinen Umständen dazu die Gelegenheit mehr bieten, noch sehen wir darin irgend Grund zum Bedauern. Gesetzt nun ein solches Beginnen führte zum Ziele, so wäre für die beiden andern Staaten der Zustand um so gefährlicher und namentlich für Preußen ein freies Polen unter russischem Einfluß der schlimmste Nachbar, dem es nur durch um so festeren Anschluß an Deutschland gewachsen sein könnte.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

29. Sitzung, am 31. März.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung und Erläuterung der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Derselbe ist eine Folge der zwischen den deutschen Bundesregierungen gepflogenen Berathungen und bezweckt die folgenden Modificationen der Allgemeinen Wechsel-Ordnung. Dem Wechselgläubiger soll es gestattet sein, neben der Execution gegen die Person des Schuldners gleichzeitig auch die Execution in dessen Vermögen nachzusuchen. Dies war im Gebiet des Allgemeinen Landrechts auch schon bisher Rechtens. Die sogenannten Ratenwechsel (Wechsel, in welchem für einzelne Theile der Gesammtwechselsumme verschiedene Verfalltage bestimmt sind) sollen fernerhin ungültig sein. Das in einem Wechsel enthaltene Zinsversprechen soll als nicht geschrieben gelten. Eine Uebereinkunft gegen die Berechtigung, den Wechsel dem Bezogenen sofort zur Annahme zu präsentiren und Mangels Annahme Protest zu erheben, soll ferner keine wechselrechtliche Wirkung haben. Wo in Wechseln die Zahlungszeit auf Anfang oder Ende des Monats festgesetzt ist, soll fortan darunter der erste oder letzte des Monats verstanden werden. Bei nicht domicilirten eigenen Wechseln soll es zur Erhaltung des Wechselrechts gegen den Aussteller weder der Präsentation am Zahlungstage, noch der Protesterhebung bedürfen. Unter Aufhebung der bisherigen Vorschriften über die Unzuläßigkeit der Vollstreckung oder der Fortdauer des Wechselarrestes, falls der Schuldner bereits bestimmte Zeit sich im Personalarrest befunden hat, soll nach dem Entwurfe ein Wechselschuldner, der fünf Jahre sich im Personalarrest befunden, wegen der vor Ablauf der fünf Jahre entstandenen Forderungen desjenigen Gläubigers, auf dessen Antrag der Personalarrest vollstreckt worden ist, nicht länger in Haft behalten werden. Eine Verlängerung der Haft über denselben Zeitraum, soll nur, im Fall der Gläubiger Befriedigungsmittel des Gläubigers nachweist, zuläßig sein. Auf Forderungen anderer Wechselgläubiger, oder auf Forderungen desselben Gläubigers, die erst nach Ablauf des 5jährigen Arrestes entstanden sind, soll auf die Dauer des 5jährigen Personalarrestes keinen Einfluß haben. Im Bezirk des Appellhofes zu Köln soll die Erlaubniß zur Verlängerung der fünfjährigen Haft unter Bescheinigung der Befriedigungsmittel des Schuldners bei dem Präsidenten des Landgerichtes, und nicht — wie es sonst dort Rechtens sein würde — bei den Gerichtsvollziehern nachgesucht werden. Die bisher im Bezirk des Appellhofes zu Köln bestandene Befugniß des Wechselschuldners, gegen Zahlung des dritten Theils der Schuld und Bürgschaftsstellung für den Rest seine Entlassung aus der Schuldhaft zu verlangen, soll in Zukunft wegfallen. — Die Commission hat die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs einstimmig empfohlen. Nur soll in der Publikationsformel erwähnt werden, daß das berathene Gesetz in der preußischen Monarchie mit Ausschluß des Jahdegebiets eingeführt wird. —

Nachdem der Referent Abg. Rohden den Gesetzentwurf kurz empfohlen und der Justizminister die in der Commission hervorgetretene vollständige und erfreuliche Uebereinstimmung mit dem Regierungs-Entwurf constatirt, auch die Bedeutung des Entwurfs für die anzustrebende deutsche Reichseinheit berührt hat, wird der Gesetzentwurf nach den Anträgen der Commission einstimmig angenommen, die von der Commission vorgeschlagene Aenderung der Publikationsformel, welche von dem Justizminister als überflüssig erklärt wird, mit bedeutender Majorität.

In Anschluß an die Regierungs-Vorlage hat das Vorsteheramt der Kaufmannschaft in Königsberg geltend gemacht, daß die Regreßansprüche des Inhabers eines in Europa zahlbaren Wechsels gegen den Aussteller und die übrigen Vormänner schon in drei Monaten verjähren, und diese Verjährung nur durch die Behändigung der Klage unterbrochen werde. Diese Verjährungsfrist sei bei dem Wechselverkehr mit Rußland und Polen erfahrungsmäßig eine zu kurze und deshalb befürworten die Petenten eine Modification der Wechselordnung dahin, daß nicht erst durch Behändigung, sondern schon durch Einreichung der Wechselklage die Verjährung unterbrochen werde. Die Commission hat, unter Anerkennung der für

Preußen durch die betreffende Verjährungsfrist hervorgerufenen Uebelstände, die vorgeschlagenen Modificationen doch nicht befürwortet, vielmehr den Uebergang zur Tagesordnung empfohlen. Abg. Kosch beantragt und empfiehlt ausführlich die Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Berücksichtigung. Abg. Waldeck spricht gegen, Abg. Twesten für den Commissions-Antrag. Der Justizminister erkennt die in der Petition angeregten Uebelstände an und verspricht, daß die Regierung auf Abhülfe derselben bedacht sein werde. In Folge dessen glaubt der Referent Abg. Rohden Namens der Commission die Ueberweisung der Petition an die Regierung befürworten zu können. Der Antrag des Abg. Kosch wird vom Hause darauf auch einstimmig angenommen.

Man geht hierauf in der Tagesordnung weiter zur Berathung der die russisch-preußische Convention betreffenden Petition, deren Discussion in der letzten Sitzung in Rücksicht auf die Abwesenheit der Minister vertagt worden war.

Ref. Abg. Aßmann theilt zunächst mit, daß noch eine Petition gleichen Inhalts eingegangen sei, und ebenso ein Schriftstück aus Marienburg, welches eine Zustimmungsresolution zur Haltung des Hauses in der polnischen Frage enthält. Abg. Dr. Libelt für den Commissions-Antrag.

Abg. v. Rönne (Solingen): Die Petitionen bäten das Haus, geeignete Beschlüsse zu fassen. Die Commission glaube, daß die Petitionen durch die früher gefaßten Beschlüsse erledigt seien. Er glaube, er könne noch ein neuer weitergehender Beschluß gefaßt worden, um die Regierung von ihrer Politik abzubringen. Daß der frühere Beschluß die Politik der Regierung völlig verurtheilt und daß er den Beifall des ganzen Landes erworben habe, stehe fest. Ebenso, daß das Haus den Dank des Landes wirklich verdiene. Denn wo würden wir ohne jenen Beschluß sein? Nun existire aber die Cartellconvention vom 8. August 1857. Nach dieser habe die preußische Regierung die Verpflichtung, nicht nur Deserteure, sondern jeden russischen Unterthan, der irgend ein kleines Vergehen begangen, auf Requisition der russischen Behörden auszuliefern. Dadurch sei sehr leicht jeder Vorwand gegeben, das Prinzip der Nichtintervention zu verletzen, ja die Cartellconvention mache es der Regierung selbst bei gutem Willen von ihrer Seite schwer, sich völlig neutral zu verhalten. Dieser Politik der Regierung müsse der Boden entzogen werden. Das könne nur geschehen, wenn die mit Rußland abgeschlossene Cartellconvention für den Staat für unverbindlich erklärt werde. Sie sei für den Staat unverbindlich. Das habe er (der Redner) bereits bei früheren Gelegenheiten zwei Mal erklärt. Nach Art. 48 der Verfassung bedürfen alle Verträge mit fremden Regierungen, wenn dadurch dem Staate Lasten, oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden, der Zustimmung der beiden Häuser des Landtags. Die Cartellconvention habe diese Zustimmung nicht erhalten, sie habe also keine Gültigkeit. Nun habe zwar der Abg. Simson am 28. Februar gesagt, die Cartellconvention stehe schon seit 6 Jahren in der Gesetzsammlung. Es gebe aber keine Bestimmung der Verfassung, nach welcher durch irgend eine Verjährung eine Verletzung der Verfassung geheilt werde. Dann würde ja auch die als verfassungswidrig anerkannte Organisation des Heeres durch Verjährung verfassunghmäßig werden können.

Präsident Grabow: Er müsse den Redner darauf aufmerksam machen, daß die Petitionen, welche Gegenstand der Debatte seien, von der mit Rußland abgeschlossenen Cartellconvention gar nicht sprächen und daß er den Redner bitten müsse, sich an die Sache zu halten.

Abg. v. Rönne (Solingen): Die Petenten bäten geeignete Beschlüsse zu fassen. Einen solchen geeigneten Beschluß wolle er vorschlagen, er glaube, daß er dabei bei der Sache sei. Er behaupte also, daß die Volksvertretung nicht die moralische Verpflichtung habe, die ungültige Cartellconvention nachträglich zu sanktioniren. Redner führt hierauf Beispiele an, nach denen mit Amerika abgeschlossene Verträge ungültig waren, weil sie der Senat nicht bewilligt hatte. Er stelle also den Antrag, die Cartellconvention für unverbindlich zu erklären, und bäte, denselben einer besondern Commission zu überweisen.

Abg. Dr. Virchow: Der Antrag des Abg. Rönne hat allerdings Bezug auf die vorliegenden Petitionen insofern, als die Cartellconvention von 1857 in der That die Basis der Convention vom 8. Februar ist. Es ist nicht uninteressant, diese Cartellconvention in ihren verschiedenen Stadien zu verfolgen. Zuerst im Jahre 1817 geschlossen, ist dieselbe von 12 zu 12 Jahren erneuert worden. Ursprünglich erstreckte sie sich nur auf Deserteurs und wirkliche Verbrecher. Seit 1830 traten zwei neue Kategorien hinzu: erstens alle diejenigen, welche nach den Gesetzen des Staats, den sie verlassen haben, wenn auch erst für die Folge zum Militairdienst verpflichtet sind, und zweitens treten zu den Verbrechen noch die Vergehen hinzu. Außerdem wurden die Bürgschaften über die Requisite zur Auslieferung immer mehr verschlechtert. Als die Majorität dieses Hauses in der vorigen Session beschloß, die Minister zu der heutigen Verhandlung einzuladen — ich selbst habe dieser Majorität nicht angehört —, da habe ich geglaubt, die Regierung würde diese Gelegenheit benutzen, um uns Auskunft zu geben über den gegenwärtigen Stand der Dinge. Wir haben verschiedene Mittheilungen erhalten auf dem Umwege durch das englische Parlament und durch die Verhandlungen im französischen Senat. Die Angaben des Minister-Präsidenten haben diesen anscheinend zuverlässigen Nachrichten nicht entsprochen. Das hat bekanntlich zu recht unangenehmen Discussionen in auswärtigen Blättern geführt, — so liegt mir z. B. ein englisches Blatt vom 3. März d. J. vor, das den Herrn Minister-Präsidenten aus dieser Veranlassung mit einer Reihe von Adjectiven belegt, die sich hier nicht wiederholen lassen. (Heiterkeit.) Abgesehen von diesen publicistischen Aeußerungen sprechen sich auch die französischen Noten nicht besonders schmeichelhaft darüber aus. Dieselben unterstützen in keiner Weise die scheinbar officiösen Angriffe gegen dieses Haus und seinen Patriotismus, die im Lande verbreitet werden.

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich bin durch die Worte des Vorredners zunächst veranlaßt, das Wort zu ergreifen, um mit Bestimmtheit die Zweifel zurückzuweisen, welche der Vorredner mit mehr Entschiedenheit als Grund gegen die Richtigkeit dessen ausgesprochen, was die Regierung hier früher erklärt hat. Der Vorredner beruft sich dabei wesentlich auf Aeußerungen in fremden parlamentarischen Körperschaften, auf Erklärungen fremder Regierungen und auf Zeitungsnachrichten. Ich wiederhole auf das Positivste, daß alle diejenigen Erklärungen, mögen sie kommen, woher sie wollen, welche mit den meinigen in Widerspruch stehen, auf Irrthum beruhen. — Der Vorredner hat den Beweis zu liefern geglaubt, indem er sich auf amtliche Depeschen bezog. Wenn es ihm gefällt, fremden Regierungen mehr Glauben zu schenken, als der eigenen, auch in solchen Fragen, wo die fremden Regierungen erklären, daß sie mit der Sache nicht genau bekannt sind, so muß ich ihm das überlassen. Ich darf aber voraussetzen, daß der Vorredner, wenn er einen so schweren Vorwurf mir ins Gesicht schleudert, die Actenstücke sehr genau gelesen hat, und dennoch hat er unrichtige Thatsachen, ich wiederhole es, mit mehr Dreistigkeit als Grund angeführt. Ich will nicht weiter in die Einzelheiten der Rede eingehen, da ich aber einmal das Wort habe, über die Stellung der Regierung zu dem Antrage der Petenten im Allgemeinen einige Bemerkungen hinzufügen. Die Unternehmer der Petitionen, die Herren Denalies und wer sonst aus Oletzko, haben im Februar d. J. ihre Petition erlassen, sie können damals von der Convention und ihrem Dasein sehr wenig gewußt haben; das Einzige sind Ausführungen Lord Russell's, auf welche die Petenten sich stützen. Ich darf dabei mit einigem Recht sagen, die Petenten haben selbst nicht gewußt, was sie wollen. Das Haus der Abgeordneten hat von der königlichen Regierung im Laufe der letzten Discussion über die Frage diejenigen Aufklärungen erhalten, welche die Regierung zu geben im Stande war. Der Herr Vorredner ist daher besser informirt, als die Petenten, aber dennoch nicht ausreichend genug, um sich ein sicheres Urtheil über die Convention bilden zu können. Die Commission wird auf dem richtigen Wege sein, indem sie die Frage als erschöpft betrachtete und ihre Unbekanntschaft mit dem Inhalte der Convention constatirte. Ich bedaure, daß diese Anschauungen in diesem Hause nicht die Majorität gewonnen haben.

Abg. Dr. Waldeck: Die Convention beschäftigt uns jetzt schon zum zweiten Male; aber dies ist nicht, wie Herr v. Bismarck bemerkt, überflüssig, da es mit der Convention keine Kleinigkeit ist, und da der Inhalt der Convention bald ganz verschwiegen, bald in verschiedener Weise von der Regierung angegeben worden ist. Zum Glück für Preußen und Europa ist die Convention jetzt wohl als ein todter Buchstabe anzusehen. Preußen ist nicht der Knecht Rußlands geworden, wie es die Ausführung der Convention hätte zur Folge haben müssen. Wir hören aber gleichwohl auch heute noch Dinge zu, die sich nicht für einen unabhängigen Staat schicken. Es ist Preußens unwürdig, wenn die Post auf preußischem Boden durch Cosaken escortirt worden ist. (Sehr wahr!) Dieselben hätten preußisches Land nicht betreten dürfen. Wenn die bewaffneten Kosaken ihren Führern folgen und Dinge vornehmen, welche von keiner inländischen Behörde angeordnet werden können, so ist dies etwas Unerhörtes. Die Convention ist allerdings nicht so schädlich geworden, wie sie hätte werden können: Rußland hat sich überzeugt, daß die Convention auch seiner eigenen Stellung nicht angemessen sei. Aber die preußische Regierung ist nicht der Ansicht des ganzen Landes, nicht dem Votum dieses Hauses, sondern dem Druck der auswärtigen Mächte gewichen. (Beifall. Sehr richtig!) Können wir unserer Regierung diese Wandelung zu Gut schreiben? Nein! Vielmehr hat auch der Verlauf der Convention gezeigt, daß die Stellung der Regierung in der auswärtigen Politik ganz ebenso lahm und haltlos ist, wie in ihrer innern. (Sehr wahr!)

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich ergreife nur das Wort, nachdem der Herr Präsident den letzten Angriff, der uns Mangel an Redlichkeit in der innern Politik vorwirft, nicht zurückgewiesen hat. Ich begreife nur das Wort, um den Abgeordneten zu fragen, auf welche Thatsachen er die Behauptung gründet, als seien wir irgend welchem äußern Drucke gefolgt. Ich bezeichne diese Behauptung als eine willkürliche, aus der Luft gegriffene und weise sie hiermit zurück. Wir sind überhaupt nicht gewichen und haben keine Veranlassung dazu. Der Vorredner hat außerdem gewisse Betrachtungen aus der Presse über das Aktenstück des Marquis Wielopolski aufgestellt. Diese Anführung widerlegt sich durch sich selbst; wenn die russische Regierung eine solche Politik adoptirt hätte, so würde die Convention ein vollständiger Bruch mit dieser Politik sein und es wäre sicherlich sehr anerkennenswerth, einen solchen Bruch herbeigeführt zu sehen.

Abg. Krieger (Goldapp): Er müsse dem Ministerpräsidenten auf das, was er über die Petenten, gesagt habe, erwidern, weil die Petenten seinem Heimathskreise angehörten und er sie genau kenne. Der Ministerpräsident habe den Petenten, „den Herrn Donalies und wer sonst", vorgeworfen, sie hätten über eine Angelegenheit gesprochen, von der sie nichts wüßten, über die sie gar nicht informirt wären. Nun „Herr Donalies und wer sonst" seien klare, nüchterne Köpfe, die nur dann petitionirten, wenn sie Material hätten. Daß sie dies hätten, beweise der Inhalt der Petition, in welcher sich die Petenten gegen den Vertrag ansgesprochen, welcher den Russen gestatte, polnische Insurgenten auf preußisches Gebiet zu verfolgen. Wer zweifle jetzt noch an dieser Thatsache? Der Ministerpräsident habe allerdings gesagt, es gehöre zu jedem Ueberschreiten der Grenzen die besondere Erlaubniß der preußischen Regierung. Das sei jedoch unerheblich. Die Hauptsache sei, daß eine Convention existire. Die „Herren Donalis und wer sonst" hätten also genau gewußt, was sie wollten. Die „Herren Donalies und wer sonst" (Heiterkeit) hätten nach der Verfassung das Recht, wenn sie glaubten, daß die Regierung auf dem Holzwege sei (große Heiterkeit), sich an das Haus der Abgeordneten zu wenden. Das haben sie aber in der bescheidensten Weise gethan. Sie haben sehr bescheiden sich zu befürchten unterfangen, daß ihre Person und ihr Eigenthum in Gefahr gerathe. Wenn sie, die vielleicht persönlich tapfer sind, aber doch nicht mit russischen Horden in Berührung zu kommen wünschen, dies thun, so verdienen sie deshalb nicht den Vorwurf der Naseweisheit, die der Ministerpräsident ihnen ironischer Weise gemacht hat.

Abg. v. Sybel: Die Erörterungen des Ministerpräsidenten characterisiren sich heute durch eine bei ihm sonst nicht häufige Unsicherheit. Es ist der Beweis, daß er keinen Grund und Boden mehr bei der Action hat, die schon zu solchem Unheil geführt hat. Daher die widersprechenden und schon in der Form haltlosen Aeußerungen, welche allenthalben umhergestreut werden. Der Ministerpräsident wirft dem Hause vor, es spreche über die Convention ohne eine Ahnung von ihrem Inhalte, ja, von ihrer Existenz zu haben. Er stellt also heute noch die Convention als problematisch hin. Ferner hat er erklärt, das Ministerium sei dem Druck der auswärtigen Mächte nicht gewichen und habe auch keine Veranlassung gehabt zu weichen. Nun wenn dies wahr ist, wenn wir uns wirklich mit einem bloßen Nebelbilde umhergeschleppt haben, dann ist etwas Aehnliches noch nie dagewesen. (Lebhafte Zeichen der Znstimmung werden zwischen den Herren v. Roon und v. Bismarck gewechselt.) Denn nicht nur wir haben das gethan, sondern alle Regierungen und Parlamente Europas. Es ist durch die Convention vom 8. Febr. eine ganze neue Constellation in der europäischen Politik eingetreten. Und nun sagt uns der Ministerpräsident: Ihr wißt ja gar nichts Positives, Eure sämmtlichen Nachrichten stammen aus lügenhaften Zeitungsartikeln. Dem gegenüber erinnere ich an unzweifelhafte Thatsachen. Es ist wahr, daß in der französischen Depesche vom 17. Febr. d. J. in einem Nebenpunkte auf Gerüchte Bezug genommen wird. In der Hauptsache aber nimmt er nicht Bezug auf Gerüchte, „sondern auf die Eröffnung des preußischen Gesandten v. d. Goltz." Wenn derartige Mittheilungen auch in die Kategorie solcher entstellenden Zeitungsartikel, Gerüchte und Illusionen gehören, dann ist dies Haus unschuldig daran. „Die offiziellen Mittheilungen unserer Gesandten sollten doch wenigstens unanfechtbar sein. (Sehr wahr!) Aehnliche Differenzen hat der Ministerpräsident bereits mit seinem Gesandten in England gehabt. Er hat aber bereits erklärt, daß russische Truppen nicht ohne Weiteres die Grenze überschreiten können, sondern nur mit Genehmigung der diesseitigen Behörden. Es ergiebt sich also jedenfalls, daß den beiderseitigen Truppen die Ueberschreitung der Grenze gestattet ist. Dann bleibt immer noch ein respectabler Inhalt, um Europa in Bewegung zu setzen und Preußen vor dem Auslande zu compromittiren. — Wenn der Ministerpräsident dem Einwurfe gegenüber, daß er die polnische Frage aufs Tapet gebracht habe, erwidert, sie sei schon seit 1830 auf der Tagesordnung, so handelt es sich darum nicht. Die polnische Frage war im Anfange dieses Jahres nicht actuell, sie ist durch unsere Convention zur europäischen Frage geworden. — Ich glaube, daß der Ministerpräsident am 11. Februar, als er jene klassische Aeußerung that, daß er Rathschläge auswärtiger Mächte weder erhalten habe noch erwarte, von der französischen Depesche am 17. Februar noch nichts gewußt hat, aber wenn man von ihm auch nicht verlangen kann, daß er die materielle Prophetengabe besitze, um zu sehen, daß sich die Rathschläge, die er nicht erwartet, bereits unterwegs befinden, so sollte man doch die geistige Prophetengabe bei ihm voraussetzen können, daß er, derartige Einwendungen des Nachbarreiches voraussehen kann. (Sehr wahr.) Er hat ferner gesagt, daß unsere Auffassung bedenklich übereinstimme mit dem französischen Minister Billault und anderen Rednern des französischen Senats. Mag der Abg. Virchow sich über die ihm gemachten Insinuationen selbst aussprechen. Ich begnüge mich damit zu erklären, daß, wenn in der Uebereinstimmung des Urtheils eines Mitgliedes dieses Hauses mit den auswärtigen Regierungen und Parlamenten der Vorwurf des Unpatriotismus und Landesverrarhs liegen soll, daß es dann wenige Mitglieder in diesem Hause giebt, die dieser Vorwurf nicht trifft. Wir stimmen überein mit der englischen und französischen Regierung und den schweizerischen Volksversammlungen. In dieser Frage stimmt überhaupt Alles überein, was sonst sehr weit auseinandergeht, es stimmen vielleicht zum ersten Mal überein Kaiser Franz Joseph von Oesterreich und Victor Emanuel, Garibaldi und wenn nicht die Zeichen trügen: selbst Pabst Pius IX. (Große Heiterkeit.) Wir können uns also über jene Insinuationen beruhigen. Freilich, wenn es ein Ruhm ist, etwas gegen den Willen von ganz Europa zu concipiren und ins Leben zu rufen, dann hat sich der Ministerpräsident diesen Ruhm für alle Zeiten gesichert.

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat die Meinung ausgesprochen, daß ich heute mit weniger Sicherheit als sonst meine Ansicht vertrete. Ich würde bedauern, wenn diese Ansicht weiter verbreitet würde, und ich sehe mich deshalb zu der persönlichen Bemerkung veranlaßt, daß ich seit 4 Tagen erheblich krank gewesen bin und heute gegen den Willen meines Arztes, nur um die Annehmlichkeit dieser Discussion an mir nicht vorübergenen zu tassen, hier erschienen bin. — Der Vorredner schien anzunehmen, ich hätte die Existenz einer Convention in Abrede gestellt; ich habe oft ausgesprochen, daß eine Verabredung existirt, und ich habe nur gesagt, daß der Character derselben sowohl den Petenten, als dem Hause nicht bekannt ist. Der Vorredner sagt, daß die Convention bekanntlich viel weitergehende Zwecke habe, als die bis jetzt angegebenen. Ich habe oft bei Zeitungen die Bemerkung gemacht, daß sie bei Angelegenheiten, die ihnen nicht bekannt sind, sagen: bekanntlich u. s. w. Der Vorredner befindet sich in derselben Lage; er sagt, das Urtheil Europa's über die Convention

sei einig. Das Urtheil kann aber über etwas ihm Unbekanntes nicht einig sein. Sie werden der Wahrheit wohl näher kommen durch dasjenige, dem die Regierung widerspricht, und überrascht sein über dasjenige, was übrig bleibt. Ich habe heute nur gesagt, daß sie die Natur der Convention nicht kennen und daß sie nicht wissen, ob sie noch besteht, womit ich nicht behauptet haben will, daß sie nicht noch bestehe. Alles, was der Vorredner über den Inhalt der Convention angegeben hat, beschränkt sich auf die französische Depesche vom 17. Februar; was bleibt also, wenn der bereits von mir widerlegte Punkt sich nicht darin befindet, von ihrer Bekanntschaft mit der Convention noch übrig? (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Löwe (Dortmund): Es sei ein eigenthümliches Schauspiel, diese Wiederholung der Debatte über die polnische Frage und die Haltung des Ministerpräsidenten in derselben; immer wieder diese Wendungen, immer wieder diese Erklärungen, in denen der Nachsatz zurücknehme, was der Vordersatz behaupte. Und doch würde die Sache sehr einfach sein, wenn der Minister-Präsident einmal gesagt hätte: so ist es, und nicht immer: so ist es nicht, und so nicht ganz genau. So sei es denn nicht merkwürdig, daß das Haus mit ganz besonderer Aufmerksamkeit die Augen auf das richte, was wirklich gesagt worden. Unter diesem sei ihm eine Bemerkung aufgefallen, die, mit welcher der Minister den Einwand zu widerlegen gesucht, daß Rußland bei der Convention im Vortheil gewesen sein würde. Nur dann wäre Rußland vollständig im Nachtheil gewesen, wenn gewisse Hoffnungen und Gerüchte, die der Ministerpräsident selbst daran geknüpft, wahr gewesen wären, daß Polen preußischerseits in Besitz genommen und schleunigst germanisirt werden sollte. Wenn in dieser Weise die panslavistischen Bestrebungen gestört worden, nur dann wäre Rußland wirklich im Nachtheil gewesen. — Wenn aber jetzt, wie vorauszusehen, der Aufstand niedergeworfen, dann werde Rußland seinen Frieden mit den Polen machen können auf der Grundlage des gemeinsamen Haßes gegen die Deutschen, gegen Preußen. Das wäre ein offenbarer Sieg der Russen; dann wäre erreicht, was die panslavistische Partei wolle; dann wäre Polen nicht gefesselt an Rußland, sondern ein Widderkopf, der auf unsern Leib sich richtet. Das sei von jeher das Bestreben der panslavistischen Partei gewesen, der Murowski und der Wielopolski, der Herzen und Bakunin. Und wie weit etwa der Großfürst Constantin diese Bestrebungen theile, das gehöre vorläufig noch in das Gebiet der Conjecturialpolitik.

Ministerpräsident von Bismarck: Er habe nicht von Vortheil oder Nachtheil der Convention für Rußland gesprochen, sondern gesagt, daß, sollte der Wielopolski'sche Plan jemals vorhanden gewesen sein, die Convention das Verdienst haben würde, derjenigen Politik die Spitze abzubrechen, deren Erfolg der Vorredner befürchtet habe.

Nachdem noch Dr. Virchow gesprochen, wird die Diskussion geschlossen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. Stablewski und Genossen, die Auslieferung der gegenwärtig inhaftirten russisch-polnischen Staatsbürger betreffend. Graf Eulenburg erklärt sich zu deren sofortiger Beantwortung bereit.

Abg. v. Stablewski (auf der Tribüne fast ganz unverständlich) motivirt die Interpellation: Das Verfahren gegen die inhaftirten Polen aller Kategorien entspreche nicht den Vorschriften des Strafgesetzbuches und der Criminalordnung ..... Wie ihm aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt, beabsichtige der Landrath Young eine Anzahl der Inhaftirten auf Grund der Cartell-Convention vom Jahre 1857 sobald als möglich auszuliefern. Demzufolge scheint Redner die Ungültigkeit und Unverbindlichkeit dieser Cartell-Convention auszuführen ..... Wenn — so schließt er — der Minister in einem früheren Falle den Muth hatte, um den er ihn wahrlich nicht beneide, dem Harm noch den Hohn des Wortes hinzuzufügen, so liege die Befürchtung nahe, daß auch in diesem Falle eine ähnliche „Ausweisung" eintreten könne. Dadurch rechtfertige sich die gestellte Interpellation.

Minister Graf Eulenburg: Vorweg habe er zu bemerken, daß die hier in Rede stehenden Fälle verschiedener Natur seien und danach auch verschiedene Behandlung zu erfahren hätten. Das könne er indessen aussprechen, daß die Absicht der Regierung im Allgemeinen auf Milde gerichtet sei, die auch um so eher werde eintreten können, als die Mehrzahl der Fälle wahrscheinlich solche umfassen werde, welche wider ihren Willen an der Bewegung Theil zu nehmen gezwungen worden wären. — Anderntheils müsse er freilich auch erklären, daß die Regierung den Verpflichtungen, die ihr Gesetz und Verträge auferlegen, sich in den dahin einschlagenden Fällen nicht entziehen könne.

Eine Diskussion knüpft sich an diese Beantwortung nicht und der Präsident schreitet zur Verlesung der zweiten, durch den Abg. v. Sybel gestellten Interpellation. — Auf die betreffende Frage an das Ministerium erhebt sich Herr von Roon: Die Regierung wird auf die Interpellation antworten, und zwar, soweit sie vermag, schon heute.

Der Interpellant, Abg. v. Sybel, erhält das Wort zur Begründung. Er verzichtet auf dasselbe; Herr von Roon erhält das Wort: Wenn die Frage gestellt worden: 1) Wie viel Ausgaben sind dem Staate durch die Truppenaufstellung erwachsen, so kann ich darauf nur antworten: ich vermag das heute nicht anzugeben. Die Interpellation ist mir gestern Abend erst bekannt geworden und es war deshalb unmöglich, den Betrag auch nur annähernd zu ermitteln. Wenn zweitens gefragt wird: aus welchen Fonds sind diese Ausgaben bestritten? so habe ich darauf nichts anders zu antworten, als: vorläufig aus den bereiten Mitteln der Militärverwaltung, aus den Truppenkassen. Wenn endlich gefragt ist: warum ist bis jetzt darüber der Landesvertretung keine Vorlage gemacht worden? so muß ich darauf antworten: es ist um deshalb nicht geschehen, weil die königl. Regierung bei den Anordnungen der betreffenden Maßregeln gar nicht zu übersehen vermochte, ob eine solche Vorlage überhaupt möglich werden würde.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Der Präsident schließt die Sitzung um 3 Uhr, indem er die nächste auf Donnerstag, den 9. April, ansetzt. Tages-Ordnung: Die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer in Zaborowo 2c.

Rundschau.

Berlin, 1. April.

— Die Militairfrage droht allen Ernstes eine Spaltung in der Fortschrittspartei herbeizuführen. Die Ansichten für Amendirung der Novelle und für Aufstellung von Resolutionen treten immer schroffer einander gegenüber. In dieser Beziehung soll es namentlich in der gestrigen Fraktionssitzung sehr heftig zugegangen sein und man trennte sich verstimmt. Man erzählt wunderliche Dinge über die Anstrengungen Frankreichs, mit Oesterreich ein Bündniß herzustellen. Fürst Metternich, so sagt man, habe den Auftrag gehabt, seinem Kaiser im Namen des Kaiser Napoleon die Hegemonie in Deutschland und eine Gebietserweiterung anzutragen. Daß darunter wohl schwerlich eine Rückgabe der Lombardei verstanden wird, liegt auf der Hand. Wir können das ganze Gerede vorläufig als ein aus der Situation entsprungenes Gerücht bezeichnen.

Cöslin. Die Mörder des Sanitätsrath Dr. Mahlendorf hierselbst sind durch die Bemühungen des Polizeirath Priemer aus Stettin in dem mehrfach bestraften Otto Dahlke aus Cöslin und den Gebrüdern Branco aus Anklam entdeckt; Dahlke ist bei Neubrandenburg ergriffen und hat bereits gestanden, den beiden andern gelang es zu entwischen.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 2. April.

— Gestern Abend hielt der für das 3. Preuß. Provinzial-Turnfest gewählte Festausschuß in der Concordia seine erste Plenarsitzung. Nachdem sich der Ausschuß constituirt hatte, wurde der aus den speciellen Vorberathungen hervorgegangene Festplan vorgetragen und angenommen. Danach wird das Fest, mit Rücksicht auf die am 28. Juli hier stattfindende Lehrer-Versammlung, am 25., 26. und 27. Juli gefeiert werden, so daß am Sonnabend Empfang der auswärtigen Turner und eine Berathung über turnerische Interessen (Turntag), am Sonntag das eigentliche Turnfest, am Montag eine Turnfahrt nach Oliva und Zoppot stattfinden wird. Auf die gastliche Aufnahme der auswärtigen Turner seitens unserer Mitbürger glaubt man hoffnungsvoll rechnen zu können. Der Festausschuß besteht aus folgenden Herren: Kommerz.-Rath H. Behrend, Kfm. Th. Bischoff, Prof. Dr. Bobrick, Buchh. Boretius, Justizrath Breitenbach, Buchh. Dommasch, Schneidermstr. Finzel, Reg.-Buchh. Fritsch, Former Garbe, Geh. Kommerz.-Rath Jebens, Tapezierer Karl, Dr. Kirchner, Stadtschulrath Kreyenberg, Reg.-Secretair Krause, Schiffsbaumstr. Laudien, Stadtbaurath Licht, Dr. med. Liévin, Schiffsbaumstr. Maßmann, Kfm. J. Momber, Buchh. Moritz, Dr. jur. Neumann, Hptm. u. Reg.-Secretair Pernin, Dr. med. Piwko, Redakt. Rickert, Rechtsanw. Röpell, Mäkler Rottenburg, Modelleur Schichtmeyer, Bankdirector Schottler, Maler H. A. Schütz, Turnlehrer Schubart, Prof. und Direct. Dr. Strehlke, Pianofortebauer Widtmann, und zerfällt nach seiner Wirksamkeit in 8 verschiedene Spezial-Commissionen für Bau, Turnen, Finanzen, Empfang, Einquartierung, Verpflegung, Druck und Schriften 2c. Es ist im Interesse der Turnsache, die ein so wesentlicher Hebel zur Erhöhung der nationalen Wehrkraft ist, zu wünschen, daß die nicht unbedeutenden Arbeiten des Ausschusses mit Erfolg gekrönt werden, und daß das beabsichtigte Fest ein wahres Volksfest werde.

— Dem Stadt- und Kreisgerichts-Sekretär Peters hierselbst ist der Charakter als Kanzleirath verliehen.

— Der hiesige praktische Arzt Dr. Hirsch ist auf Grund seiner wissenschaftlichen Leistungen zum ordentlichen Professor in der medicinischen Fakultät der Universität zu Berlin ernannt worden.

— Am nächsten Sonntag kommt die Oper „Undine" mit neuen Decorationen im hiesigen Theater zur Aufführung. Am zweiten Feiertage wird Frl. Ulrich „die Jungfrau von Orleans" spielen. Am Dienstage tritt Hr. Degele als „Don Juan" auf.

— Das mit Kohlen beladene englische Schiff „Phönicien", dessen Kapitain Leng hier eine bekannte Persönlichkeit war, ist auf der Fahrt von England nach Danzig gestrandet.

— Heute Vormittag gegen 8 Uhr fand Goldschmiedegasse No. 10, im Schuhmacher Schmidt'schen Grundstück ein Schornsteinbrand statt, zu welchem die Feuerwehr berufen wurde. Der Glanzruß im Schornstein wurde unter Aufsicht der Feuerwehr ausgebrannt.

♃ Güldenboden, 1. April. Gestern hat der Amtsrath Taureck auf dem hiesigen Bahnhofe 6 Kisten mit Miniébüchsen, welche von Pelplin nach dort adressirt waren, in Beschlag genommen.

Strasburg i. Pr., 30. März. Wie ich Ihnen neulich mittheilte, hat hier die Desertion zweier Leute des Bataillons viel Aufsehen gemacht. Einer davon, ein blutjunger Mensch, hat sich freiwillig zurückbegeben, nachdem er 4 Tage im benachbarten Polen verweilt. Leider hat ihn die Furcht vor der harten Strafe irrsinnig gemacht; aus seinen wirren Reden soll aber hervorgehen, daß die beiden Leute von polnischer Seite zur Desertion verleitet, trunken gemacht und in diesem Zustande zu Wagen über die Grenze gebracht worden sind. Der andere Deserteur soll sich in Verzweiflung erschossen haben. Vielleicht gelingt es der Umsicht unserer Behörden in dieses Dunkel Licht zu bringen und die Verführer zur Strafe zu ziehn. — Mit dem Falle des 2c. Langiewicz ist der Muth unserer im Kreise ansässigen Polen bedeutend gesunken. Einer derselben, ein begeisterter Verfechter der polnischen Sache, hatte die Dreistigkeit, bei dem Beginne des Aufstandes einem der ersten Beamten hiesiger Stadt anzukündigen, daß die nächsten vier Wochen ihn wahrscheinlich nicht mehr in seinem Amte finden würden. Man kann aus dieser einen thörichten Aeußerung sehen, welche Tragweite die Polen der Insurrektion gaben, und wie sie entschlossen sind, bei günstiger Gelegenheit den südlichen Theil Westpreußens der preußischen Krone zu entreißen.

Königsberg, 31. März Das Gerücht von einer beabsichtigten Landung polnischer Emigranten in der Umgegend von Memel scheint sich zu bestätigen. Es soll sich dabei hauptsächlich um Einführung von Kriegsmaterial durch das preußische in das russische Gebiet handeln. Wie man uns von glaubhafter Seite erzählt, ist die preußische Regierung von dem ganzen Unternehmen auf das Genaueste unterrichtet, weiß, von welchen Häfen es ausgeht, ja man behauptet, es sei schon das betreffende Schiff in der Ostsee gesehen worden. Auf den ersten Blick erscheint die Expedition sehr gewagt und fast unmöglich. Bedenkt man aber, daß nördlich von Memel noch mehrere Meilen hinauf ein nur 2 Meilen breiter, mit dichtem Wald bedeckter preußischer Küstenstreifen die See von dem russischen Gebiet trennt, so erhellt daß das Unternehmen gar nicht so abentheuerlich ist, als es aussieht. (Nach einer gestern hierher gelangten Nachricht soll auch die Danziger Nehrung als Landungsort ausersehen sein; es sind deshalb sämmtliche dortige Schulzenämter angewiesen, Patrouillen am Strande zu veranstalten und wenn sich ein verdächtiges Schiff zeigen sollte, hierher davon schleunigst Nachricht zu geben.)

— Morgen ist der Geburtstag des Ministerpräsidenten v. Bismarck. Der hiesige patriotische Verein wird demselben durch folgendes Telegramm gratuliren: Ew. Excellenz bringt der aus mehr als 600 Mitgliedern bestehende patriotische Verein zu Königsberg in Pr. zu Dero heutigem Geburtsfest seine Glückwünsche dar. „Möge es Gott dem Allmächtigen gefallen, auch ferner die Wirksamkeit Ew. Excellenz zu segnen, auf daß die Ehre und der Ruhm des preußischen Namens, die preußische Treue zu Gott, dem Könige und dem Vaterlande erhalten werde, entgegen der schlauen, den gesunden Volkssinn zerstörenden Agitation verschmitzter Demagogen Gott erhalte Ew. Excellenz!"

Nachrichten aus Posen und Polen.

— Die „Bresl. Z." erhält aus Warschau vom 31. v. Mts. die Nachricht, das Revolutionscomité habe beschlossen, daß die Waffen allgemein niederzulegen, und habe demgemäß die Werbungen in der Stadt eingestellt und den Abzug der bereits Angeworbenen verhindert. In Folge des Beschlusses hätten Podlewski im Gouvernement Plock und Swiezierski bei Muiszew die unter ihrem Befehl stehenden Insurgentenschaaren in die Heimath entlassen.

— Die Wiener „Presse" enthält folgende telegraphische Nachricht: Gortschakoff soll den westmächtlichen Gesandten die positive Erklärung abgegeben haben, jetzt, nachdem der Polnische Aufstand als niedergeworfen zu betrachten sei, werde Kaiser Alexander bestrebt sein, im Einverständniß mit den beiden anderen Theilungsmächten, seinen polnischen Unterthanen Institutionen zu verleihen, welche Europa den Beweis liefern werden, daß der russischen Regierung das Wohl ihrer polnischen Unterthanen nicht minder am Herzen liege, als das der eigentlichen Russen. Auch ist eine Generalamnestie zwar nicht versprochen, aber in Aussicht gestellt.

Stadt-Theater.

Die vorgestrige Vorstellung des „Waffenschmied" von Lortzing möchten wir eine in jeder Hinsicht humoristische nennen, wenn sie nicht einen so tragischen Mittelpunkt gehabt hätte. Wenn Fräulein Ulrich znm Benefiz die „Margarethe" spielt und für den zweitnächsten Abend wieder auf dem Theaterzettel figurirt — kann da Hr. Bieler mit seinem Benefize auch nur im Mindesten auf Erfolg rechnen? — Wir wollen recht gern die Leistungen des Herrn Bieler anerkennen und haben sie schon in mannigfacher Hinsicht anerkannt, allein Herrn Bielers Stimme ist nicht eine solche, aus deren Metall sich blanke Thaler schlagen lassen. Das Theaterpublikum saß etwas gar zu strenge zu Gericht, indem es durch seine Abwesenheit glänzte. — In Bezug der Aufführung selbst müssen wir anerkennen, daß Frl. Hülgerth als „Marie" recht wacker sang und spielte, dabei war sie so munter, wie wir sie selten sahen, so daß sie ihre Partie entschieden zur Geltung brachte. Von Herrn E. Fischer „Stadinger" und Herrn Funk „Graf" können wir auch nur Gutes sagen. Indessen war Herr Jary als „Adelhof" doch etwas zu unmusikalisch; die Carricatur darf in der Oper nie gegen die Gesetze des Schönen verstoßen, und unschöne Töne beleidigen den Hörer. — Herr Bieler sang den „Georg" zwar nicht sehr klangvoll, doch war seine Leistung eine befriedigende. Es gehört immerhin einiger Muth dazu, sich mit geringen Stimmmitteln an eine solche Partie zu machen; dieser Muth ist ehrenwerth. — Als Lückenbüßer spielte Fr. Dill die „Irmentraut" ganz brav und muß es lobend anerkannt werden, daß sie die Rolle überhaupt übernommen hatte. **

Das mit steigendem Erfolg fortgesetzte Gastspiel des Frl. Ulrich brachte uns gestern zwei Lustspiele: „Die Königin von 16 Jahren oder: Christinens Liebe und Entsagung" und „die Hochzeitsreise" von Benedix. Das erstgenannte, von Th. Hell nach dem Französischen frei bearbeitet, hat einen geistvollen Dialog und gehört überhaupt zu dem Genre des feineren Lustspiels, indem es Fragen der poetischen Psychologie sehr geschickt behandelt. Frl. Ulrich gab die Titelrolle eben so geistvoll wie graziös. Besonders anziehend war die Anmuth, welche die Künstlerin der edlen Plastik ihrer Körperbewegungen zu verleihen verstand. Herr Ubrich, der die Rolle des Grafen Ranzau spielte, lieferte ein sehr interessantes Characterbild. Den Kammerherrn v. Nörborg gab Herr Alberti mit schätzenswerther Routine; auch Hr. Filsinger, der den Friedrich von Burg spielte, war eifrig und zwar mit Erfolg bemüht, seine Aufgabe zur Zufrie-

denheit des Publikums zu lösen, wie sich denn auch Frl. Lüdt (Emma) mit ihrer Rolle lobenswerth abfand. In der Benedixschen Hochzeitsreise erwarb sich Fräulein Ulrich als junge Professorsfrau gleichfalls den enthusiastischen Beifall des Publikums. Hr. Alberti (Professor Lambert wußte der trockenen Pedanterie eine recht komische Seite abzugewinnen und Hr. Metz machte aus dem Stiefelputzer Hahnensporn durch die Schärfe der characteristischen A ffassung und die Würze einer gesunden Komik eine höchst ergötzliche Figur. Hr. Klickermann gab den Famulus lebendig und frisch. Das Zusammenspiel verdient Lob.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Gefährliche Persönlichkeiten]. Deren giebt es hier in Danzig unter den Observaten eine nicht geringe Zahl. Einer der gefürchtesten war noch vor kurzer Zeit der Arbeiter Johann Michael Bluhm. Man brauchte ihn gar nicht von der Anklagebank, auf welcher er von Zeit zu Zeit erschien, zu kennen, um bei seinem Anblick irgendwo auf öffentlicher Straße ein heimliches Grauen zu empfinden. Das Messer spielte in der Regel bei seinen Attentaten eine Rolle. Vor diesem waren selbst seine Genossen nicht sicher, wenn es bei Theilung des erbeuteten Gutes nicht ganz glatt abgehen wollte Seine ganze äußere Erscheinung hatte etwas Martialisches; sein starker Gliederbau und seine Wohlbeleibtheit erhöhten den Eindruck desselben. Gestern befand er sich, nachdem er 6 Wochen in der Untersuchungshaft gewesen, wieder auf der Anklagebank und zwar in Gemeinschaft mit dem 17jährigen, gleichfalls schon vielfach bestraften Burschen Johann Friedrich Blanowski. Bluhm war kaum wieder zu erkennen. Das Fleisch war ihm in Masse von den Knochen gefallen; er sah furchtbar abgemagert aus; sein Auge war matt und glanzlos, sein Nacken gebeugt und die Farbe seines Gesichts blaß. Er mußte sich in der Zeit der Untersuchungshaft sehr gegrämt haben, weil er wohl eingesehen, daß er geliefert war. Die Geschichte der gegen ihn erhobenen Anklage ist folgende: Am 28. Januar d. J. war in dem Hause der Expedition der Danziger Zeitung dem Kutscher Pawlowski eine silberne Uhr gestohlen worden. Mehrere Laufburschen hatten bemerkt, daß Blanowski sich im Gedränge an Pawlowski gemacht und nach verschiedenen Manipulationen auf die Tasche desselben dem gleichfalls anwesenden Bluhm etwas zugesteckt hatte. Bei Bluhm, der später visitirt worden war, hatte man zwar keine Uhr, sondern eine Scheere gefunden, ein Instrument, das Taschendiebe gebrauchen. Die Vermuthung, daß Blanowski dem Kutscher die Uhr aus der Tasche practisirt und daß Bluhm ihm bei der Verübung des Diebstahls behülflich gewesen, lag nahe und fand durch mehrere Zeugenaussagen ihre Bestätigung; namentlich war es der 17jährige Laufbursche Czerwinski, der mit großer Bestimmtheit angab, gesehen zu haben, wie Blanowski dem Kutscher Pawlowski in die Tasche gegriffen und dann dem Bluhm etwas zugesteckt. In Folge dessen wurde er von Bluhm's Freunden scharf in's Auge gefaßt. Dieselben suchten durch allerhand Agitationen auf seine Zeugenaussage einzuwirken. Als er im Begriff war, durch das Jakobsthor nach dem Gerichtsgebäude auf Neugarten zu gehen, wurde er von zwei Männern angefallen, geschlagen und zur Erde geworfen. Nachdem er den Angriff derselben entkommen und seinen Weg nach dem Gerichtsgebäude fortsetzte, wurde er wieder am Spring von andern Personen in's Gebet genommen. Nun floh er durch das hohe Thor in die Stadt, das Polizeigeschäftshaus aufsuchend, von wo aus er unter polizeilicher Bedeckung nach dem Gerichtsgebäude geführt wurde. In der vorgestrigen öffentlichen Verhandlung gegen Blanowski und Bluhm war denn auch der Laufbursche Czerwinski der wichtigste Zeuge. Durch die erlittenen Verfolgungen eingeschüchtert, sprach er aber so leise, daß man ihn kaum verstehen konnte. Erst nachdem ihm der Herr Gerichtsvorsitzende die Versicherung gegeben, daß er von Bluhm und Genossen unangetastet bleiben würde, faßte er den Muth zu einer entschiedenen Sprache, aus welcher die Schuld der Angeklagten auf das Klarste hervorleuchtete. Bluhm war über die Entschiedenheit, welche sich selbst im Lispeln des Jünglings kundgab, scheinbar sehr erstaunt. Herr Gerichtshof, ich kann Ihnen, sprach er, sagen, daß wenn ich mit einem solchen Jungen, der hier auf der Anklagebank vor mir steht, sollte stehlen gehen; so wär ich nicht werth, daß mich der Teufel holte, und was würde erst mein Heiland dazu sagen! — — Vernehmen Sie nur meine Entlastungszeugen, dann wird sich Alles finden." Vorgeladen waren nun drei derselbeu. Der erste aber schrieb dem hohen Gerichtshof: ich bin krank und kann nicht kommen; auch weiß ich nicht was ich aussagen soll. Denn mir ist Bluhm und seine Angelegenheit eine unbekannte Größe; ich bitte den hohen Gerichtshof, mich zu entschuldigen. Der zweite vorgeladene sein sollende Entlastungszeuge erschien zwar, aber er lehnte es auch, da ihm gesagt wurde, daß er seine Aussage beschwören sollte, entschieden ab, irgendwie etwas aussagen zu können. Ich heiße zwar Lange, sprach er, aber ich bin der falsche und nicht der richtige. Lange heißt der und jener; ich bin unrichtig vorgeladen und weiß gar nichts. Das bestätigte denn auch Bluhm. Nun wurde der dritte Entlastungszeuge aufgerufen; doch auch dieser fehlte. B. erklärte, daß sein Fehlen nicht von wesentlichem Einflußsei, denn derselbe sei in dem Moment, über welchen er zeugen sollte, angetrunken und seiner Sinne nicht mächtig gewesen. Derselbe würde also, wenn er erscheine, eine sehr unklare Aussage abgeben, die der hohe Gerichtshof nicht zu den zahlbaren Münzen rechne. — Der Herr Gerichtsvorsitzende sprach darauf: Bluhm, können die von Ihnen vorgeschlagenen Zeugen bekunden, daß Sie sich, wie Sie vorgegeben, während der Zeit, in welcher der Taschendiebstahl, an welchem betheiligt zu sein, Sie angeklagt sind, nicht im Hause der Zeitungsexpedition, sondern in der Nähe des Theaters befunden haben? Herr Gerichtshof, antwortete Bluhm, verhandeln Sie nur ruhig weiter! Denn die Untersuchungshaft geht mir ans Leder; sie hat schon alles Fleisch von meinen Knochen herunter getrieben; ich will von ihr befreit sein. Davon ist, sprach darauf der Herr Vorsitzende durchaus nicht die Rede, Sie haben einfach zu erklären, ob Sie verlangen, daß Ihre Entlastungszeugen vernommen werden sollen oder nicht, ob Sie noch irgend welche Hoffnungen auf den Alibibeweis setzen. Auf die Entlastungszeugen, antwortete Bluhm, habe ich jede Hoffnung verloren: ich will ohne sie verhandelt sein. Nun wurde denn auch die Verhandlung fortgesetzt und das Resultat derselben war, daß Bluhm zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren und Stellung unter Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer und Blanowski zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren und Stellung unter Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer verurtheilt wurden.

Meteorologische Beobachtungen.

1	4	338,78	+ 5,0	NW. schwach, leicht, bewölkt.
2	8	336,93	2,0	N. stürmisch, dicke Luft, Regen.
	12	337,26	2,9	do. frisch, do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 1. April:
3 Schiffe m. Ballast.

Angekommen am 2. April.

J. Fowler, Strathisla, v. Cockenzie, mit Kohlen. J. N. Nyström, Primus, v. Sliton, m. Kalk. N. T. Johannsen, Iris, v. Hougssund, m. Heeringen. J. Cook, St. Clair, v. Dysart, m. Kohlen. B. Goll, Lyna, v. Bergen; und T. Thomassen, Mandal, v. Mandal, m. Heeringen.

Ankommend: 1 Schiff. Wind: Norden.

Geschlossene Schiffs-Frachten.

Am 2. April.

London 3 s. 3 d., 3 s. 6 d. pr. Qr. Weizen; 16 s. pr. Load □-Sleepers. Tynedock 14 s. pr. Load O-Sleepers. Sunderland 17 s. pr. eichen u. 12 s. pr. fichten Holz. Leith 2 s. 5 d. pr. Qr. Gerste. Neuhaven 3 s. 8 d. pr. Qr. Weizen. Pembroke Dock 20 s. pr. Load Balken. Bristol Canal 4 s. pr. Qr. Weizen. Holland 21 fl. in Full pr. Last Roggen. Copenhagen 10 ß., Ost-Jüttland 12 ß. Hbg. Bco. pr. Tonne Roggen. Rochefort 52½ Frs.

Course zu Danzig am 2. April.

	Brief	Geld.	Gem.
London 3 M.	tlr. 6.20⅞	—	6.20¾
Amsterdam 2 M.	142⅜	—	—
Paris 2 M.	80	—	80
Staatsschuldscheine	90	—	—
Westpr. Pf.-Br. 4½ %	103½	—	—
Staats-Anleihe 5 %	107	—	—

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 2. April:

Weizen, 100 Last, 84pfd. 23lth. fl. 515, 83pfd. fl. 495, 81pfd. 17lth. fl. 475 v. 85pfd. Connoiss., 133. 4, 134pfd. fl. 529, 129. 30, 130. 1pfd. fl. 507½, 125. 6, 129pfd. fl. 480. Alles pr. 85pfd.

Roggen, 250 Last, 118pfd. fl. 297, 120. 1pfd. fl. 301½, 122. 3pfd. fl. 309, 125pfd. fl. 315 pr. 125pfd.

Gerste, gr., 73pfd. 26lth. fl. 252.

Erbsen, w., fl. 297, 300.

Breslau, 31. März. Weizen 65—77 Sgr. Roggen 46—51 Sgr. Gerste 39—40 Sgr. Hafer 25—26 Sgr. Erbsen 43—52 Sgr. Wicken 35—42 Sgr. Rapskuchen 48—51 Sgr. Raps 250—285 Sgr. Rübsen 220—260 Sgr. Schlaglein 190—210 Sgr. Lupinen 40—45 Sgr. Rothe Kleesaat 8½—10½ Thlr., weiße 8—9½ Thlr. Schwedischer Klee 18—26 Thlr. Thymothee 5—7 Thlr. Kartoffeln 15—18 Sgr. Spiritus 13½ Thlr.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Rittmstr. im I. Leib-Husaren-Regt. v. Knobloch nebst Gem. a. Pr. Stargardt. Rittergutsbes. Mankiewicz a. Janischau. Gutsbes. Joel a. Gerdien. Banquier Marsop a. Berlin. Die Kaufl. Rabinowitz a. Plinsk, Thurn a. Pforzheim u. Passeck a. Dresden. Frau Gutsbes. Catel a. Wolla. Frau Oberbürgermeister v. Winter n. Sohn a. Danzig.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Roth a. Elbing, Schmalz a. Lauenburg u. Hornung a. Magdeburg. Sekretair Walter a. Elbing.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. v. Hoven a. Reimannsfelde und Knoff a. Prangschin. Hauptm. u. Rittergutsbes. Blankenburg a. Gr. Neuhoff. Rentier Rahn a. Murly. Architekt Büttner a. Mainz. Gutspächter Wendland a. Mestin. Kunstgärtner Wenzel a. Muskau. Die Kaufl. Döring und Behrend a. Marienburg, Schmidt a. Magdeburg, Kindermann a. Stettin u. Heger a. Königsberg.

Schmelzer's Hotel:

Rittergutsbes. Brauns a. Garden, Sahlfeldt aus Peterkau u. v. Schnakenburg a. Koslau. Fabrikbesitzer Conradi a. Glauchau, Mause a. Altwasser, Michel aus Mainz, Joachimsohn a. Koliebken, Appmann a. Berlin, Krause a. Frankfurt a. O., Struwe a. Mecklenburg und Weddinger a. Minden.

Stadt-Theater zu Danzig.

Freitag, den 3. und Sonnabend, den 4. April.
Keine Vorstellungen.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.